

Antrag

der Abgeordneten der Abgeordneten René Springer, Petr Bystron, Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, Joachim Wundrak, Tino Chrupalla, Markus Frohnmaier, Steffen Kotré, Eugen Schmidt und der Fraktion der AfD

Bundeswehreinsätze in Mali und Niger beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) hat Mali weder stabilisiert noch war und ist sie dazu geeignet, die Umsetzung des Friedensvertrags von Algier aus dem Jahr 2015 zu überwachen und voranzutreiben. Im Gegenteil: Die Sicherheitslage in Mali ist weiterhin in einem Großteil des Landes (vor allem im Norden, im Nordosten und in Zentral-Mali) überwiegend nicht kontrollierbar.

Bereits Ende 2016 – also mehr als drei Jahre nach Beginn der militärischen Intervention – stellte die Stiftung Wissenschaft und Politik fest, dass keine „engmaschigen Ziele“ mit der malischen Regierung vereinbart wurden (vgl. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2016A75_tll.pdf), obwohl die damalige malische Regierung noch das Vertrauen der Bundesregierung und der internationalen Gesellschaft genoss. Selbst im Jahr 2020 stellte die Bundesregierung in ihrem eigenen Bericht zur Lage und zum deutschen Engagement in Mali/Sahel fest: „Die Lage in Mali und Teilen der Sahel-Region ist im Frühjahr des Jahres 2020 durch fragile Staatlichkeit, zunehmend gewaltsam ausgetragene, teils sozial und ethnisch aufgeladene Konflikte um Ressourcen sowie die Bedrohung durch islamistisch motivierten Terror gekennzeichnet“ (Bundestagsdrucksache 19/18080). Kurz darauf stürzten verschiedene Gruppen des malischen Militärs jeweils 2020 und 2021 gewaltsam die Regierung.

Spätestens seit diesen gewaltsamen Regierungswechseln ist es dringend geboten, die Bundeswehr von sämtlichen Auslandseinsätzen in der Sahel-Zone abzuziehen. Denn von der neuen Militärregierung ist weder bekannt, ob sie sich an die Umsetzung des Friedensabkommens von Algier 2015 halten wird, noch inwiefern sie die im Rahmen von EUTM Mali ausgebildeten rund 16.000 Soldaten, Spezialkräfte und Polizisten verantwortungsvoll im Sinne der beschlossenen Mandate einsetzen wird. Es ist vielmehr zu befürchten, dass diese von der Bundeswehr ausgebildeten malischen Soldaten von der Militärregierung zur Absicherung der eigenen Herrschaft eingesetzt werden.

Trotz der im April 2022 von der Bundesregierung offiziell verkündeten „Suspendierung“ der Ausbildungsmission in Mali bildet die Bundeswehr im Auftrag der deutschen Politik weiterhin den malischen Generalstab aus, der direkt unter dem Kommando der Militärregierung steht.

Die finanzielle Unterstützung aus Mitteln des deutschen Steuerzahlers für Mali (seit dem Jahr 2013 ressortübergreifend rund 4 Mrd. Euro, vgl. Bundestagsdrucksache 20/867) konnte keineswegs zur Befriedung und Stabilisierung des ethnisch heterogenen Staates in einer von geopolitischen Interessen durchwobenen Sahel-Zone beitragen. Vielmehr haben Finanzmittel der internationalen „Geber-Staaten“ in Milliardenhöhe zu einer künstlichen Subvention des malischen Staates geführt und damit dauerhafte Abhängigkeiten geschaffen, welche unter anderem die Korruption im Staat erheblich wachsen ließ.

Die heutigen innermalischen Krisen und Bürgerkriege gehen zurück auf die französische Kolonialbesatzung, de-facto willkürlich festgelegte Staatsgrenzen und gefestigte Traditionen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Eine gemeinsame malische Identität, die einen stabilen Nationalstaat schaffen könnte, ist nicht vorhanden. Sie kann auch nicht durch westliche Militärinterventionen oder eine von fremden Ländern gewollte „Transformation“ entstehen.

Doch statt die mahnenden Stimmen und das Scheitern in Afghanistan zum Anlass zu nehmen, den Sinn von Militärmissionen im Ausland rechtzeitig zu hinterfragen, wurde seit Beginn von EUTM Mali im Jahr 2013 und MINUSMA im Jahr 2015 das jeweilige Mandats- bzw. Ausbildungsgebiet, die Anzahl der eingesetzten internationalen Soldaten und Polizisten sowie ihre militärischen Befugnisse sowie ihre Ausrüstung stets erweitert. Die Verlagerung des Schwerpunktes von EUTM Mali in den Nachbarstaat Niger mit dem zuletzt vom Deutschen Bundestag beschlossenen Mandat wirkt auch vor dem Hintergrund des am 30. September 2022 erfolgten Militärputsches in Burkina Faso wie ein verzweifelter Rückzug in das letzte halbwegs stabile Land der Sahel-Zone.

Der Deutsche Bundestag zeigt sich daher besorgt über den immer noch vorherrschenden Ansatz der Bundesregierung, geopolitische Interessen raumfremder Mächte (z. B. den französischen Bezug von Uranerz im Norden Nigers) abzusichern und gleichzeitig vermeintlich universelle Wertevorstellungen des Westens in unabhängigen Staaten durch militärisch-zivile Interventionen durchsetzen zu wollen.

Deutsche Soldaten werden mit den andauernden Militärmissionen in Mali, Niger und Burkina Faso weiterhin hohen Risiken für Leib und Leben ausgesetzt. Sie dürfen in dieser angespannten Lage im Sahel nicht länger als Erfüllungsgehilfen einer fehlgeleiteten und realitätsfernen Außenpolitik der Bundesregierung dienen. Daher müssen umgehend Evakuierungs- und Abzugspläne entworfen werden, damit die Bundeswehr schnellstmöglich von sämtlichen Militärmissionen aus den Ländern der Sahel-Zone vollständig abgezogen werden kann.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf europäischer Ebene für die vollständige Beendigung der GSVP-Missionen der Europäischen Union EUTM Mali, EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger einzusetzen;
2. sich auf internationaler Ebene für ein Ende der „Stabilisierungsmission“ der Vereinten Nationen (MINUSMA) einzusetzen;
3. nach Abschluss der deutschen Beteiligung an den GSVP-Missionen der Europäischen Union (EUTM Mali, EUCAP Sahel Mali und EUCAP Sahel Niger) und an der „Stabilisierungsmission“ der Vereinten Nationen (MINUSMA) dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Evaluierungsbericht vorzulegen.

Berlin, den 4. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

